

Hintergründe zum Berufsbildungsbericht 2006

Dr. Stephanie Odenwald

Wichtige Fakten und Schwerpunkte zum Berufsbildungsbericht 2006 aus Sicht der GEW

1) Der Berufsbildungsbericht 2006 bestätigt, dass die Zahl der Ausbildungsplätze einen Tiefstand erreicht hat und von einer dramatischen Ausbildungsnot gesprochen werden kann.

550 200 Abschlüsse im Jahr 2005 sind 22 800 Lehrverträge weniger als im Jahr davor, ein Rückgang von 4 %. Diese Zahl markiert den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung. So wurden 1999 noch 631 000 Verträge abgeschlossen. Im Gegensatz dazu ist mit den 948 000 Absolventen, die 2005 die allgemein bildenden Schulen verlassen haben, ein neuer Höchststand erreicht worden. Seit 1992, als 773 300 Schulabgänger/-innen registriert wurden, nahm ihre Zahl kontinuierlich zu. Das ist eine unerträgliche Situation mit gravierenden Auswirkungen auf die Lebensperspektive der Jugendlichen, die auch erhebliche Rückwirkungen auf das Lernklima in den Schulen haben dürfte (siehe die Berliner Rütli-Schule). Jugendliche ohne Abschluss und mit Hauptschulabschluss sind die maßgeblichen Verlierer auf dem Ausbildungsmarkt. Diese Lage auf dem Ausbildungsmarkt wirkt sich besonders nachteilig auf Mädchen und Jungen aus Migrantenfamilien aus, wobei Mädchen obendrein kulturelle Schranken überwinden müssen.

2) Welche Erklärung gibt es dafür, dass gleichwohl die Zahl der noch nicht vermittelten Ausbildungsplatzbewerber um 3700 auf 40 900 gesunken ist und die ausgewiesene Angebot-Nachfrage-Relation positiver als im letzten Jahr ist?

Folgendes Ergebnis bedarf der Erklärung, wenn dem Schönreden des Ausbildungspaktes stichhaltige Argumente gegengehalten werden sollen: Wenn man die Zahl der bei der BA gemeldeten noch offenen Ausbildungsplätze, die nur um knapp 800 auf nunmehr 12 600 zurückgegangen sind, mit den nicht vermittelten Bewerbern gegenrechnet, betrug die Differenz zwischen den beiden Größen („rechnerische Lücke“) nur noch 28.300 und fiel damit um 2 900 kleiner aus als im Vorjahr. Die Antwort ist, dass die Angebot- Nachfrage-Relation (ANR) durch die Art und Weise der Erfassung in einem krassen Ausmaß über die tatsächlichen Marktverhältnisse hinwegtäuscht.

Unberücksichtigt bleiben die erfolglosen Nachfrage- und Angebotsteile. Auf der Seite der Nachfrager werden die Jugendlichen nicht berücksichtigt, die sich nach erfolgloser Ausbildungsplatzsuche für eine Alternative (weiteren Schulbesuch wie Berufsvorbereitungsklassen oder Fachschule, Jobben usw.) entscheiden. Nach einer Analyse des Mitarbeiters des BBIB Joachim Ulrich, der dazu Schulabgängerbefragungen des BBIB auswertete, beträgt das tatsächliche Nachfragevolumen gut 750 000 und nicht wie offiziell gemeldet 591 100. „Diese Zahl klingt erschreckend hoch, doch markiert sie leider nur das untere Limit: Denn zum einen lässt die Hochrechnung der Schulabgängerbefragung 2005 das Nachfragevolumen von jenen Altbewerbern unberücksichtigt, die 2005 keine Schule besuchen, sondern jobbten oder sonstiges machten. Und zum anderen werden ja nur Personen einbezogen, die sich mindestens 20mal bewarben.“ (Ulrich)

Ebenso gibt es beim Ausbildungsplatzangebot nicht erfasste Plätze. Ulrich kommt zu folgendem Ergebnis: „Nach den oben durchgeführten Berechnung hätte es demnach im Jahr 2005 rund 608000 Ausbildungsplatzangebote und nicht nur, wie in der offiziellen Statistik ausgewiesen, 562 800 Angebote gegeben. Und die Zahl der Nachfrager hätte mindestens 750 000 betragen und nicht nur, wie offiziell ausgewiesen 591 100. Dies bedeutet, die rechnerische Lücke lag mindestens bei 187 000 (und nicht nur bei 28 300) und die Angebot-Nachfrage-Relation betrug gerade einmal 81,1 % (und nicht wie offiziell errechnet 95,2).“

3) **Wenn die Zahl der unvermittelten Bewerber trotz gravierenden Rückgangs des Lehrstellenangebotes auf einem niedrigem Niveau gehalten wird, liegt das daran, dass Jugendliche verstärkt schulische Bildungsgänge in Anspruch nehmen. Allerdings sind dies nur zu einem geringen Teil Bildungsgänge, die einen beruflichen Abschluss vermitteln. Statt Jugendlichen eine vollqualifizierende Ausbildung anzubieten, landen sie in „Warteschleifen“ .**

Dazu folgende Zahlen, die sich auf die Zuwachsraten für den Zeitraum von 1992 bis 2004, beziehen, zunächst für das Übergangssystem zwischen allgemein bildender Schule und beruflicher Ausbildung, in dem lediglich eine berufliche Grundbildung vermittelt wird und die zumindest teilweise als Warteschleifen fungieren :

- Schüler im Berufsvorbereitungsjahr (BVJ) : + 43.400 bzw. 117 % (letzter Wert 2004)
- Teilnehmer an berufsvorbereitenden Maßnahmen der BA (inklusive der betrieblichen Einstiegsqualifizierung (EQJ)) : + 98 000 bzw. 140 %
- Schüler im vollzeitschulischen BGJ : + 16 800 bzw. 53 %
- Berufsfachschüler des ersten Ausbildungsjahres in Bildungsgängen , die eine berufliche Grundbildung vermitteln: + 84 700 bzw. 77 %
- Fachoberschüler im ersten Ausbildungsjahr (11. Klasse) + 34 300 bzw. + 148 %

Insgesamt nahm die Zahl der Jugendlichen, die in den hier aufgeführten Bildungsgängen in einem Zeitraum von 12 Jahren um +103 % zu. Die Gesamteinmündungszahl von 551 600 Personen im Jahr 2004 ist fast so hoch wie die Zahl der neu abgeschlossenen Lehrverträge(572 200).

Im Vergleich dazu dominierte zwölf Jahre zuvor eindeutig die betriebliche Ausbildung mit 595 200 Einmündern in eine Lehre gegenüber 272 300 Einmündern in oben genannte Bildungsgänge. **Für das Jahr 2005 ist zu erwarten, dass die (erst Ende 2006 feststehende) Zahl der Jugendlichen die in das Übergangssystem gelangen, erstmalig höher ausfällt wie die Zahl der Neuanfänger im dualen System.**

Zugenommen hat auch die Zahl der Einmündungen in Berufsfachschulen, die einen voll qualifizierenden Berufsabschluss vermitteln, insbesondere gilt dies für Berufsabschlüsse außerhalb des BBiG/HwO. (z.B. Assistentenberufe, Laboranten). Hier wurden 1992 die Zahl von 49 500 Schüler im ersten Ausbildungsjahr registriert, 2004 bereits 118 200. Zuwächse wurden auch in berufsfachschulischen BBiG/HwO Berufen registriert. 2004 waren 40 200 Schüler gemeldet. Der Zuwachs im Vergleich zum Vorjahr betrug 19,4 %. Dazu kommen die Schulen des Gesundheitswesens mit rund 119 700 Schüler/innen, die einen voll qualifizierenden Abschluss erreichen können.

4) **Fazit der GEW:**

Die berufliche Ausbildung Jugendlicher darf nicht den Gesetzen des Marktes und einzelbetrieblichen Entscheidungen überlassen werden. Es ist zutiefst widersprüchlich, wenn einerseits der heutige Kindermangel und zukünftiger Fachkräftemangel beklagt wird und andererseits Jugendliche bei der Suche nach Ausbildung auf der Strecke bleiben. Jeder Jugendliche sollte das Recht auf eine Ausbildung haben. Die GEW betrachtet dies als ein Grundrecht, das in die Verfassung gehört, für das gesellschaftliche Verantwortung besteht. Um dieses Ziel zu erreichen, steht eine Ergänzung des dualen Systems auf der Tagesordnung. Statt mit Milliardenbeträgen Warteschleifen zu finanzieren, ist es in jeglicher Hinsicht sinnvoller, in ausreichendem Umfang vollqualifizierende Ausbildungen zu schaffen und an den entstehenden Kosten auch die Arbeitgeber zu beteiligen, d.h. eine Ausbildungsabgabe einzuführen. Die Forderung nach einem pluralen Ausbildungssystem richtet sich keineswegs gegen das duale System. Das Lernen in Betrieb und Schule hat viele Vorteile. Aber da der Rückgang an betrieblichen Ausbildungsplätzen seit vielen Jahren anhält, müssen auch im Sinne des novellierten BBiG § 43, 2 vollqualifizierende Ausbildungen auch außerhalb der Betriebe (in Beruflichen Schulen sowie anderen Lernorten) geschaffen werden.